

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNG VOM 28. SEPTEMBER 2014

Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»

## Schutz vor weiterer Korruption im Gesundheitswesen

Korruption ist ein harter Vorwurf. Aber er drängt sich auf im Zusammenhang mit dem Politfilz. Die Schweiz leistet sich trotz einer einfachen obligatorischen Grundversicherung rund 60 Krankenkassen. Die vielen Parlamentarier, die in den vielen Krankenkassen-Verwaltungsräten sitzen, bilden die grösste Lobby in den eidgenössischen Räten und beeinflussen massgebend die politischen Entscheide im Gesundheitswesen.

Die unlautere Abstimmungspropaganda der Krankenkassen gab in letzter Zeit viel zu reden. Sie wird mit unseren Prämiengeldern bezahlt.

### Jagd nach «guten Risiken»

Der Hauptgrund, weshalb ich mich einsetze für die öffentliche Krankenkasse, die von den Gegnern «Einheitskasse» genannt wird, ist die fast kriminelle Jagd nach guten Risiken, das heisst nach Jungen und Gesunden. Bis 2012 war nur das Alter und das Frausein ein Risiko-Massstab, seither wurden noch die Spitalaufenthalte dazu genommen, vorgesehen sind zusätzlich die Medikamentenkosten. Es braucht einen gigantischen Bürokratieaufwand zur Ermittlung dieses Risikoausgleichs. Der fällt in einer öffentlichen Krankenkasse weg. Risikoausgleich heisst: Kassen mit vielen Jungen und Gesunden müssen den Kassen mit vielen Alten und Kranken einen Ausgleich bezahlen. Die über 60 Krankenkassen jagen sich gegenseitig die gesunden Prämienzahler ab, im Wissen, dass 80% der Gesundheitskosten von 20% der Bevölkerung in den letzten 2 Jahren ihres Lebens verursacht werden.

### Ältere Jahrgänge unerwünscht

Die Jagd nach guten Risiken hat keine Grenzen: Ich kenne persönlich eine Mitarbeiterin in einer der grössten Krankenkassen, deren Aufgabe es war, die Anmeldungen von älteren Jahrgängen zu verschreddern, bei Anrufen diesen alten Menschen mitzuteilen, ihre Anmeldung sei wahrscheinlich noch nicht angekommen oder noch in Bearbeitung – bis dann die Anmeldefrist vorbei war. Nach einem Jahr sah sich die Frau aus Gewissensgründen zur Kündigung gezwungen. Dazu kommt, dass man sich bei vielen Billig-Krankenkassen nur Online anmelden kann, was viele ältere Versicherte ausschliesst.

### Hohe Wechsel- und Verwaltungskosten

Wenn die Krankenkassen in einem Jahr die Prämien tief ansetzen, um Junge anzulocken, müssen sie die Prämien später wieder erhöhen. Das führt zu einem dauernden, manchmal jährlichen Wechsel

der Krankenkassen. Dieser Wechsel verursacht grosse administrative Kosten, die wir mit unseren Prämien bezahlen müssen. Dazu kommen die Verwaltungskosten: Jede Krankenkasse hat einen gut bezahlten Verwaltungsrat und einen CEO, hunderte Millionen werden für Marketing aufgewendet, und die Bürokratie überbietet.

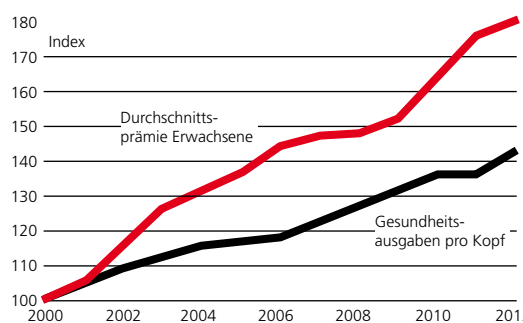
### Nur Pseudowettbewerb zwischen den Kassen

Es wird von den Krankenkassen immer von freiem Wettbewerb gesprochen. In der Grundversicherung gibt es aber keinen Wettbewerb ausser um die besten Risiken der Prämienzahler. Die Grundversicherung ist obligatorisch, alle Kassen dürfen nur die gleichen, genau definierten Leistungen zum gleichen Preis bezahlen. Es ist höchste Zeit, dass die Grundversicherungen und die Zusatzversicherungen getrennt werden. Die Krankenkassen können bei Annahme der Initiative weiterhin Zusatzversicherungen anbieten. Dort gibt es einen echten Wettbewerb, weil die Kassen das Angebot der Leistungen selber definieren können.

### Grosse Chance zur Entflechtung von Interessen

Eine öffentliche Krankenkasse kann nicht alle Probleme im Gesundheitswesen lösen. Es wird ein Machtgerangel geben, wer in die paritätische Kommission mit Vertretern der Patienten, des Bundes, der Kantone, der Spitäler, der Ärzteschaft, kommt. Aber die Annahme der Initiative für eine öffentliche Krankenkasse ist eine grosse Chance zur Entflechtung von Interessen, für eine bessere Transparenz in der Administration, und deshalb für weniger Kosten im Gesundheitswesen. Leider haben die BefürworterInnen nicht die gleich starke Finanzmacht für die Abstimmungspropaganda wie die Krankenkassen, deshalb ist es wichtig, dass wir JA stimmen zur Öffentlichen Krankenkasse!

Danielle Lemann  
Dr. med./Hausärztin



Quelle: BAG



Die europäische Menschenrechtskommission im Visier

## Über Undenkbares abstimmen?

Eigentlich ganz sympathisch, das Bild mit dem lachenden Toni Brunner auf der Startseite der Homepage der SVP Schweiz und dazu zweifellos passend, in grossen Lettern, der Leitbegriff: «Zusammen für die Schweiz». Doch mit wem zusammen? Und für welche Schweiz, für welche Schweizerinnen und Schweizer?

### Der weise Führer

Der von seinem Herrschaftssitz hoch über dem Zürichsee seine Weisungen erteilende Führer ist zwar älter geworden, noch immer ist er aber unentwegt aktiv. Als Pfarrerssohn ist das Wort sein Schwert, und so verkündet er seine Botschaft in Grosswangen und auf dem Rütli, in Krauchthal oder im Wägital und wo auch immer. Aber eigentlich ist sie uns hinlänglich bekannt: Er rühmt den Sonderfall Schweiz und die Weisheit des Volkes bei seinen Entscheiden an der Urne. Andererseits beschimpft er National- und Ständeräte als Mitglieder einer Parlamentsdiktatur, macht den Bundesrat lächerlich, wirft ihnen vor, die Schweiz heimlich in die intellektuelle Fehlkonstruktion namens EU zu führen, beklagt sich, dass sie nach erfolgreichen Initiativen Abstimmungsentscheide nicht, nur verzögert und zu sehr abgeändert umsetzen, oder er schimpft darüber, dass internationales Recht über dem schweizerischen stehe. Dem soll nun endgültig der Riegel geschoben werden. Letztlich wurde die Öffentlichkeit ins Bild gesetzt, dass seine Bewegung eine Initiative in Gang setze, mit der, sollte sie angenommen werden, Landesrecht in jedem Fall über Völkerrecht stehe.

### Sein Problem mit der europäischen Menschenrechtskonvention

Im Herbst 2010 stimmte eine Mehrheit mit einem Anteil von 52,9% der Ausschaffungsiniziativa der SVP zu und lehnte einen Gegenvorschlag ab. Dass wichtige Teile des Initiativtextes gegen geltende Bestimmungen unserer Bundesverfassung und der europäischen Menschenrechtskonvention verstossen, war bekannt. Die griffige Umsetzung in ein Gesetz erweist sich nun wie erwartet als sehr schwierig. Zudem hat das Bundesgericht in mindestens einem Fall auf die Widersprüchlichkeit des geänderten Artikels 121 der Bundesverfassung hingewiesen. Der Fall des 25 Jahre alten Mazedoniers, der bei seiner Familie im Kanton Thurgau lebt, sei hier erwähnt: Er wurde wegen eines leichten Drogenvergehens zu einer bedingten Freiheitsstrafe verurteilt und von der massgebenden Behörde seines Wohnkantons des Landes verwiesen. In einem Revisionsverfahren kam das Bundesgericht im Februar 2013 zum Schluss, die Wegweisung sei unverhältnismässig (Artikel 5 der Bundesverfassung) und verstosse gegen den Grundsatz «Auf Achtung des Familienrechts» der Menschenrechtskonvention, welcher die Schweiz vor 40 Jahren beigetreten war. Der Mazedonier durfte bleiben, und Exponenten der SVP äusserten sich empört über ein Urteil, in dem fremde Richter, gemeint ist der europäische Gerichtshof als Überwacher der Konvention, über dem Volksentscheid stehen würden. Der schweizerische Staat funktioniert als Ver-

ständigungsdemokratie. Damit ist er bis jetzt gut gefahren. Um tief greifende Änderungen anzustreben, müssen politische Kräfte über ihre Grenzen hinweg Koalitionen beschaffen und müssen bereit sein, nach Kompromissen zu suchen. Sonst droht das Referendum. Initiativen hatten noch bis vor wenigen Jahren einen schweren Stand. Das alles hat sich mit dem konservativen Aufbruch in unserem Land geändert. Mit der SVP ist eine Kraft am Werk, die in Asyl- und Ausländerfragen mittels Initiativen auch radikale Inhalte durchzubringen vermag. Höhepunkt dieser Radikalisierung ist der 9. Februar 2014 mit dem Volks-Ja zur Masseneinwanderungsinitiative, mit der ein politisches Erdbeben ausgelöst wurde, das die Grundpfeiler der wichtigen Beziehungen zur Europäischen Union, die so genannten Bilateralen, zu erschüttern oder, wer weiss, vielleicht sogar zu zerstören vermag. Nun droht mit der Landesinitiative ein weiterer frontaler und kompromissloser Angriff auf ein Fundament des bisherigen gesellschaftlichen Konsenses. Gemeint sind die Menschenrechte. Der weiter oben erwähnte Artikel 5 der Bundesverfassung schreibt ebenfalls vor, dass „Bund und Kantone das Völkerrecht beachten“. Die Ratifizierung der europäischen Menschenrechtskonvention war darum ein logischer Schritt. Und jetzt steht im Fall eines Erfolgs der Initiative deren Kündigung in Aussicht. Das ist für alle, die eine offene und tolerante Schweiz wünschen, sich als Teil der internationalen Gesellschaft fühlen, gegen Diskriminierung Andersdenkender sind oder für die humanitäres Handeln nicht nur eine Tradition ist, sondern ihr Denken und Handeln auch in Bezug auf Ausländer begleitet, undenkbar. Wie weiter? Der spitzbübisch lachende Toni Brunner beruhigt die Öffentlichkeit. Man könne doch nicht für fremde Richter sein und gegen einen Volksentscheid handeln. Beflügelt durch diese vereinfachende Darstellung werden die Delegierten, auch aus der SVP Hochburg Emmental, am Parteitag vom 25. Oktober der Landesinitiative zu einem eindrücklichen Durchbruch verhelfen. Dabei wissen alle, was sie tun. Und wir, das Volk, werden dann später über das Undenkbare abzustimmen haben. Zusammen für die Schweiz.

Martin Jäggi

### ABSTIMMUNG VOM 28. SEPT. 2014

## Abstimmungsparolen

#### Bund

Initiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» **JA**Initiative «Schluss mit der MWSt-Diskriminierung des Gastgewerbes» **NEIN**

Kanton und Gemeinde: Keine Vorlagen

Vor 100 Jahren

## August 1914

Als der erste Weltkrieg begann, hatte der 39-jährige Schreiner Ulrich H., der an der Haldenstrasse wohnte, einzurücken. Zu seiner Familien gehörten seine kränkliche Frau Marie und die beiden Kinder mit Jahrgang 1908 und 1911.

### 5. August

An diesem Mittwoch war der Krieg bereits im Gang. Deutsche Truppen hatten Luxemburg besetzt und waren in Belgien eingedrungen. Am Montag hatte die Bundesversammlung den Korpskommandanten Ulrich Wille zum General befördert. Langnau war ein Waffenplatz, darum herrschte reger Betrieb. Das 16. Infanterieregiment hatte die Mobilisationsarbeiten abgeschlossen, die Soldaten leisteten an diesem Tag ihren Fahneid. Die Zeremonie fand auf der Wiese neben dem Sekundarschulhaus, dem heutigen Höhwegschulhaus, statt. Sie wurde von vielen Zuschauern verfolgt. Das Infanteriespiel war zu hören mit Fahnenmarsch und Nationalhymne, und von der Rednertribüne, geschmückt mit Lorbeer und einer Schweizer Fahne, sprachen der Regimentspfarrer Ammann aus Burgdorf («Euer Einsatz fordert ein grosses Opfer, es kann den Tod bedeuten») und der Langnauer

Nationalrat und Gemeinderatspräsident J.J. Schär. Im Verlauf des Nachmittags verliess die Truppe Langnau und wurde in ihren Einsatzraum verschoben.

### 11. August

Im Langnauer Gemeinderatslokal versammelten sich 14 Männer, Mitglieder des neu gebildeten Komitees zur Unterstützung von Notleidenden. Sie sollten für diejenigen Familien Hilfe organisieren, deren «Ernährer» im Militärdienst war. Dabei handelte es sich um eine vom Bund garantierte und teilfinanzierte Hilfsmassnahme. An diesem Abend fand die Konstituierung statt. Präsident wurde der Kaufmann Hans Stahel, wichtigster Mann war aber der Armen- und Polizeiinspektor Strauss, der die Unterstützungsgesuche bearbeiten sollte. Seine Aufgabe erwies sich in der Folge wegen vielen heiklen Befragungen als sehr schwierig. Grundsätzlich wurde festgelegt, dass die Hilfe so weit wie möglich in Gutsprachen (zum Kauf von Milch, Brot u.s.w.) zu leisten sei und nur ausnahmsweise in bar.

### 29. August

Bis zu diesem Zeitpunkt trafen 24 Unterstützungsgesuche ein. Das Komitee beschloss,

bei den beiden Langnauer Bankinstituten in Erfahrung zu bringen, ob Familien, die ein Gesuch gestellt hatten, nicht etwa über Sparvermögen verfügten.

Am 3. September schrieb der eingangs erwähnte Ulrich H. aus seinem Aktivdienst in Hospental einen Brief. Er sei leicht gekürzt wiedergegeben: «Herr Strauss. Am 28. des letzten Monats ersuchte ich die Gemeinde Langnau, zur Erlangung der Bundeshilfe die nötigen Schritte zu tun. Ich ahnte nicht, dass es nötig sein würde, meine Frau einem Verhör zu unterziehen. Ich ersuche Sie daher, sich an mich zu wenden für die benötigten Aufgaben. Ist aber dazu die Demütigung meiner Frau notwendig, so verzichte ich auf die Bundeshilfe. Ulrich H. Inf Bat 171 4.Kp.» Frau und Kind wurde die Unterstützung schliesslich gemäss den Bundesansätzen in bar ausbezahlt: Fr. 1.50 Fr. pro Tag für die Frau, Fr. 1.- für die beiden Kinder. Ein Liter Milch kostete zu diesem Zeitpunkt 21, ein Kilo Vollbrot 25 oder 1 Kilo Teigwaren 60 Rappen.

Martin Jäggi

**Pfifanter**

Bernstrasse 6, 3550 Langnau  
Tel./Fax 034 402 51 72  
Mo-Fr 9-12/14-18.30 Sa 9-16

**malerei**

Hanspeter Haldemann  
Obermatt 408 • 3550 Langnau  
Tel. 034 402 51 23

FÜR GESUNDES LIEGEN + SITZEN  
BETTENHAUS  
**Lehmann**

ALLEESTRASSE 1 • 3550 LANGNAU • TEL. 034 402 19 39  
WWW.BETTENHAUS-LEHMANN.CH  
FREITAG OFFEN BIS 21.00 MONTAG GESCHLOSSEN

BETTEN  
VORHÄNGE

SCHRÄNKE  
BODENBELÄGE

Gewerkschaft  
und Arbeitslosenkasse  
in deiner Nähe

Unia Region Oberaargau-Emmental:  
Mühleggässli 1, 3550 Langnau i.E.  
T 034 402 78 41, langnau@unia.ch

Gemeinsam  
erreichen wir mehr.

www.unia.ch, www.alk.unia.ch

WALTER SCHMOCKER WEINE

**VINOTHEK**

KIRCHGASSE 9, 3550 LANGNAU IM EMMENTAL  
TEL. 034 402 36 40 FAX 034 420 56 21

**ETCETERA**  
**Die soziale Arbeitsvermittlung**

**WIR SIND FÜR SIE DA!**

Wir vermitteln Ihnen Hilfskräfte für Reinigung, Haushalt, Garten, Büro, Zügel, Bau etc. und rechnen die Sozialleistungen ab.  
**Ein Anruf genügt!**

**034 402 73 82**

Preis auf Anfrage  
www.etcetera.sah-be.ch

Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH  
**SAH BERN**  
Œuvre suisse d'entraide ouvrière OSEC  
Soccorso operaio svizzero SOS

The best things in life aren't things.  
Art Buchwald

**Abrakadabra Treuhand**

RENATO GIACOMETTI  
Treuhand mit eidg. FA  
Hühnerbach 221 3550 Langnau  
Tel. 034 497 32 61  
mail@abrakadabra-treuhand.ch

Am besten, man hat selber ein Kraftwerk.

**elentec**  
Niederhauser und Thommen GmbH  
Energietechnik - Photovoltaik  
Dorfstr. 5 • 3550 Langnau  
Tel. 034 408 10 00  
www.elentec.ch



His Master's Noise

Warum verpassen wir Linken systematisch den Start? Warum lassen uns die andern links liegen? Warum merken wir nicht, dass es mit der Immigration wirklich Probleme gibt? Warum lancieren wir unsere Lösungen erst, wenn der Gegner seine Millionen längst in Plakate verwandelt hat?

Es wäre hilfreich, in den Spiegel zu gucken. Wir Linken sind nicht mehr

## Der Schlaf der Selbstgerechten

die Alten. Nicht mehr der Maurer, der endlich mehr Lohn will, mehr Ferien und bessere Bütetz. Wir sind der Maurer, der mehr Lohn hat, mehr Ferien und ein Haus oben-drein. Und weil er Angst kriegt vor den vielen Ostdeutschen auf der Baustelle, die den Lohnausweis partout nicht zeigen wollen, rennt er davon. Da stehen wir nun, wir Akademiker, wir Beamten, allein vor dem Spiegel und stellen ernüchert fest, dass wir nicht mehr die treibende Kraft der Gesellschaft sind, sondern nur noch die Bewahrer unseres Besitzstandes.

Die Wahrnehmung ist verklärt. Der sechste Sinn für die Fallgruben verkümmert. Fallgrube Frühfranzösisch: Aus Primarlehrern machen wir schwups Sprachlehrer, aus Franzbüchern machen wir ruckzuck Computerprogramme, doch o weh: Mit zwei Fremdsprachen sind zu viele ABC-Schützen überfordert. 40 Berner Millionen in den Sand gesetzt? Hätten wir etwa doch den Maurer aus Anatolien befragen sollen, der noch nicht mal ein Haus hat?

Warum winken wir die Reformen durch, ohne sie zu hinterfragen? Vielleicht, weil sie von unseren Freunden ausgetüftelt wurden? Von Freddy, dem Sonderpädagogen, der jetzt Lehrmittel schreibt? Vom freundlichen Professoren auf der Etage? Warum singen wir in den Sessionen die Schnulze vom Bildungsabbau, wo die Kosten doch immer noch steigen? Warum schliessen wir Klassen und Schulen und bauen unterdessen Büros für die Freunde? Warum liefern wir dem Gegner dauernd das Futter für seine Kampagnen? Ich denke, wer die Schule wirklich in die Zukunft führen will, der braucht dreierlei Dinge: Einen Spiegel, einen Wecker – und eine Strategie. *Andreas Aebi*

Kleiner Gemeinderat

Bernhard Antener  
Fansrütistrasse 19  
3550 Langnau  
Tel. 034 402 22 68  
bernhard@anteners.ch  
Gemeindepräsident

Susanne Kölbl (parteilos)  
Dorfberg 554  
3550 Langnau  
Tel. 034 402 73 00  
susanne.koelbli@dorfberg.ch  
Sozialwesen, Kinder und Jugend

Renate Strahm  
Mooseggstrasse 8  
3550 Langnau  
034 402 52 91  
renate.strahm@gmx.ch  
Bildung

Grosser Gemeinderat

Kommission/Gremium

Telefon

Mail

Hansueli Albonico		034 402 48 76	
Agathe Aschwanden	Kommission Soziale Dienste	034 402 74 02	agatha.aschwanden@hilotec.com
Regula Blatter			regula.blatter@bluewin.ch
Renato Giacometti	Finanzkomm., Schulkomm.	034 402 32 61	r.giacometti@gmx.ch
Rachel Hasler		034 402 33 76	rachelhasler@bluewin.ch
Daniel Liniger	Fraktionsleiter	034 402 52 17	dani.liniger@bluewin.ch
Nazim Rexhepi	SP Vorstand	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger	SP Vorstand/GGR-Präsidium	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Ernst Rutschi		034 461 28 89	ernst.rutschi@zapp.ch
Adrian Schranz		034 402 22 29	adrian.schranz@gmx.ch
Stefanie Strahm			stefanie.strahm@gmx.ch

Parteivorstand

Ruth Antener	Kassierin	034 402 22 68	ruth@anteners.ch
Verena Gertsch		034 402 51 93	verena.gertsch@bluewin.ch
Nazim Rexhepi	Migration	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger	Verbindung GGR	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Tom Schilt	Mitgliederadministration	034 402 38 44	schilt.tom@gmail.com
Uta Wütherich	SeniorInnen	034 402 48 93	u.w.41@bluewin.ch
Stefan Wüthrich	Finanzk., Gewerkschaften	034 402 59 96	stefan.wuethrich@unia.ch
		034 402 78 41	langnau@unia.ch

Gewerkschaften

Unia Oberaargau-Emmental      Mühlegässli 1      bern@unia.ch

Impressum

**links i.E.**

Postfach 569, 3550 Langnau  
Die Stimme der SP Langnau und der Gewerkschaften ertönt vierteljährlich.

Auflage: 1100 Ex.

Redaktion: Bernhard Antener, Martin Jäggi, Stefan Wüthrich

Fotos: zvg

Layout/Gestaltung: PUBLIFORM  
Hanspeter Buholzer

www.publiform.ch

Druck: Tanner Druck AG, Langnau

**ANLÄSSE**

Di 16. Sept	19.15 Uhr: Vorstandssitzung SP-Regionalverband
So 28. Sept	Eidg. Volksabstimmung
Di 9. Okt	19.30 Uhr: Vorstand SP Langnau
Mo 13. Okt	19.30 Uhr: Fraktionssitzung SP Langnau
Mo 20. Okt	20 Uhr: Sitzung Grosser Gemeinderat
Mo 25. Okt	10.15 Uhr: DV SP Schweiz, Liestal
Mi 5. Nov	19 Uhr: Parteitag SP Kt. Bern in Bern
Mo 10. Nov	19.30 Uhr: Sektionsversammlung SP Langnau
Di 18. Nov	19.15 Uhr: Vorstandssitzung SP-Regionalverband

**WIR GRATULIEREN**

**13. Oktober**      **Burkhalter Hansulrich (85)**  
**22. Oktober**      **Rindlisbacher Walter (86)**  
**7. November**      **Riem Käthi (89)**

Allen Jubilarinnen und Jubilaren gratulieren wir herzlich zum Geburtstag und wünschen ihnen fürs neue Lebensjahr beste Gesundheit und viele schöne Erlebnisse.

Vorstand SP Langnau

